

## Reise mit Reizthemen: Der siebte Afrikabesuch Johannes Pauls II.

Schon vor Beginn der siebten Papstreise nach Afrika, die Johannes Paul II. vom 1. bis 10. September nach Tansania, Burundi, Ruanda und in die Elfenbeinküste führte, war abzusehen, daß ein Programmpunkt für Schlagzeilen und Kommentare sorgen würde: Die päpstliche Weihe der dem Petersdom nachempfundenen, überdimensionierten und mit importiertem Luxus ausgestatteten Kathedrale „Unsere Liebe Frau vom Frieden“ in Yamoussoukro, dem Geburtsort des ivoirischen Präsidenten *Felix Houphouët-Boigny*, der seit 1984 Hauptstadt des westafrikanischen Landes ist. Tatsächlich fehlte auch in kaum einer Zeitung ein Bild des riesigen, umgerechnet 250 Millionen Mark teuren Kirchenbaus am Rand einer Retortenstadt in der Savanne. Aber die Medien reagierten auch schon auf die ostafrikanischen Etappen des Papstbesuchs weit stärker als bei den letzten Reisen Johannes Pauls II. in Länder der Dritten Welt. Anlaß dafür waren Äußerungen des Papstes in Tansania, Burundi und Ruanda zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids von der Warte der kirchlichen Sexualmoral, die in der Öffentlichkeit durchweg massiv kritisiert wurden. In einem Kommentar der „Süddeutschen Zeitung“ (4. 9. 90) hieß es beispielsweise: „Kontraproduktiv sind nicht die weltweiten Bemühungen um die Eindämmung von Aids – kontraproduktiv ist vielmehr der Appell des Papstes, Kondome zur Verhinderung der Ansteckungsgefahr nicht zu benutzen.“

### Appelle, die ins Leere gehen

Einen solchen direkten Appell gab es zwar nicht. Wohl aber sagte Johannes Paul II. beim Treffen mit der Bischofskonferenz von Burundi, die Information über die Infektionsrisiken

und die Organisation von Vorbeugungsmaßnahmen ausschließlich unter medizinischen Gesichtspunkten seien nicht menschenwürdig ohne den Appell, „die Erfordernisse der affektiven Reife und einer geordneten Sexualität wiederzuentdecken“. Bei seiner Ansprache an das Diplomatische Korps in der tansanischen Hauptstadt Daressalam wandte er sich gegen Kampagnen zur Bekämpfung von Aids, „welche implizit, durch ihren mangelnden moralischen Inhalt und die falsche Sicherheit, die sie versprechen, gerade die Verhaltensweisen fördern, die in großem Umfang zur Ausbreitung der Krankheit beigetragen haben“. In Ruanda empfahl er Treue und Keuschheit sowie ein verantwortungsvolles Verhalten im sexuellen Bereich als Vorbeugung gegen die Epidemie.

Was der Papst in Afrika zum Thema Aids und zur Familienplanung sagte, war *keineswegs spektakulär*, sondern hielt sich ganz auf der Linie seiner bisherigen Äußerungen. Daß Journalisten und auch Politiker gerade diesmal mit Kopfschütteln und Unverständnis oder sogar mit heftigen, teilweise überzogenen Vorwürfen reagierten, hat vermutlich auch mit den seit Monaten umlaufenden Vermutungen zu tun, Johannes Paul II. bereite eine weitere Verschärfung des Verbots „künstlicher“ Mittel zur Empfängnisverhütung vor. Vor allem hatten die Papstkritiker aber die *fatale Lage vieler schwarzafrikanischer Länder* im Blick, in denen erhebliche Teile der Bevölkerung mit dem Aidsvirus infiziert sind und die mit den Folgen des rapiden Bevölkerungswachstums für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu kämpfen haben. Ungewohnt und diplomatisch und deutlich brachte vor Ort, bei der Begegnung des Papstes mit ruandischen Staatsbeamten und Intellektuellen in der Hauptstadt Ki-

gali, Informationsminister *Christophe Mfizi* Kritik an der päpstlichen Position aus der Sicht seines Landes vor: Die Kirche verstoße durch ihren Widerstand gegen Geburtenkontrolle und gegen den Gebrauch von Kondomen zur Aids-Prävention gegen die Interessen der Menschen. Der Papst ließ die Ausführungen des ruandischen Regierungsvertreters in seiner Ansprache unbeantwortet.

Wieder einmal hat das Echo auf die Äußerungen Johannes Pauls II. zur Sexualmoral bei seiner Afrikareise gezeigt, daß die berechtigte Absage an ausschließlich technokratische Maßnahmen gegen das ungehemmte Bevölkerungswachstum und das ebenso berechtigte Plädoyer für eine human integrierte Sexualität deshalb weithin ins Leere stoßen und sich um ihre Wirkung bringen, weil sie mit Positionen verbunden sind, die sich moraltheologisch nicht hinreichend begründen lassen und gleichzeitig an der – in diesem Fall afrikanischen – Realität vorbeigehen. Das Ja zur „verantwortlichen Elternschaft“, das der Papst im burundischen Gitega wiederholte, bleibt in sich widersprüchlich und unglaubwürdig, solange er gleichzeitig (wie jetzt im tansanischen Mwanza) Abtreibung und „künstliche“ Empfängnisverhütung undifferenziert und unmittelbar nacheinander als Lebensbedrohungen nennt.

Die Einweihung der Riesenkathedrale von Yamoussoukro betraf einen innerkirchlich wie öffentlich ebenso sensiblen, Mißverständnissen ausgesetzten und von Widersprüchen geprägten Punkt wie die Sexualmoral: Im Vordergrund stand hier das *Verhältnis der Kirche zu Geld und Macht* bzw. im speziellen Fall zu einem autoritären Präsidenten, der aus seiner reich gefüllten Privatschatulle dem Papst eine Prunkkirche schenkt und dafür die Weihe des Bauwerks durch den Beschenkten erwartet. Kritik am Verhalten des ivoirischen Präsidenten und auch an Johannes Paul II., der die Einladung zur Weihe erst nach längerem Zögern und nach der Zusage „flankierender Maßnahmen“ durch Houphouët-Boigny (Bau eines Krankenhauses und einer Radiostation auf dem Kathedralen-

areal) annahm, kam in der Bundesrepublik vor allem von Vertretern der *kirchlichen Hilfswerke*. So sagte Missio-Präsident *Bernd Kaut*, wenn Houphouet-Boigny wirklich christlich habe handeln wollen, hätte er eine kleinere Kirche bauen und mit dem restlichen Geld soziale Investitionen in seinem Land tätigen können.

Auch an der Elfenbeinküste selber regte sich in der Bevölkerung im allgemeinen wie unter den Vertretern der katholischen Ortskirche insbesondere (nur etwa 10 Prozent der Einwohner der Elfenbeinküste sind katholisch) *deutliches Unbehagen*. „La Croix“ zitierte (9./10.9.90) einen Spruch, der an einer Wand in Abidjan zu lesen war: „Houphouet, wir wollen keine Basilika, wir wollen Geld.“ Offenbar standen Klerus und Episkopat des Landes dem Unternehmen mehrheitlich ablehnend gegenüber. Kardinal *Bernard Yago*, der Erzbischof von Abidjan, soll Johannes Paul II. von dem Besuch zur Weihe der Kathedrale abgeraten haben, nicht zuletzt im Blick auf die großen politischen und sozialen Spannungen in der Elfenbeinküste, die sich vor Monaten in gewalttätigen Unruhen und Protestaktionen entluden (vgl. HK, September 1990, 40f.). Am 16. August ließ Kardinal Yago verlauten: „Der Heilige Vater, dem es nicht an Information über die Bedeutung seines Besuchs bei uns fehlte, hat seine verantwortliche Entscheidung getroffen“ (Le Monde 9./10.9.90).

## Plädoyer für die christlich-muslimische Zusammenarbeit

Johannes Paul II. unterließ bei der Weihezeremonie alles, was ihm als unzulässige Rückenstärkung für den 85jährigen katholischen Präsidenten ausgelegt werden könnte, der die Elfenbeinküste seit Erlangung der Unabhängigkeit 1960 regiert. Der Papst ging in seiner Predigt auf die Vorgeschichte und die Begleitumstände des Baus mit keinem Wort ein. Er nahm aber den Bau der Kathedrale gegen ihre Kritiker indirekt in Schutz: In jeder Epoche und auf allen Kontinenten, so der Papst, hätten die Angehörigen

der Kirche das Beste ihrer Kunst dem Bau von „sichtbaren Zeichen gewidmet, die verstehen helfen, daß Gott inmitten seines Volkes wohnt und die Kirche Christi auf der Erde der Menschen begründet ist“. Im übrigen war es schon das zweite Mal, daß Johannes Paul II. in der Elfenbeinküste eine in Ausmaßen und Stil spektakuläre Kirche weihte: Bei seinem letzten Besuch im Land im Sommer 1985 (vgl. HK, September 1985, 400–402) weihte der Papst in Abidjan die ebenfalls überdimensional geratene, aber im zeitgenössisch-europäischen Stil erbaute und architektonisch ansprechende St. Pauls-Kathedrale, einen ebenfalls vom Staatspräsidenten geförderten und durchgesetzten Bau.

Verglichen mit der instabilen Situation der Elfenbeinküste (im Oktober sollen Wahlen stattfinden, bei denen sich erstmals mehrere Parteien bewerben können), verläuft die Entwicklung in *Tansania*, der ersten und längsten Station der siebten Afrikareise des Papstes, in ruhigen Bahnen. Dort fand der Wechsel vom Gründerpräsidenten, dem Katholiken *Julius Nyerere*, zu seinem Nachfolger, dem Muslim *Ali Hassan Mwinyi*, vor fünf Jahren ohne Eruptionen statt. Der Ujaama-Sozialismus, der dem Land trotz massiver Entwicklungshilfe eine wirtschaftliche Misere bescherte (vgl. HK, Mai 1984, 234–238), wurde inzwischen von einer liberaleren, an den Forderungen des Internationalen Währungsfonds orientierten Wirtschaftspolitik abgelöst. Die katholische Kirche, der beinahe ein Drittel der Bevölkerung angehört, wächst schnell und verfügt über reichlich Priester- und Ordensnachwuchs. Sie muß sich aber mit einem zunehmend selbstbewußteren *Islam* auseinandersetzen (die Zahl der Muslime ist etwas größer als die der Katholiken), der für sich mehr öffentliches Gewicht reklamiert.

Johannes Paul II., der in Tansania alle vier Erzbischofssitze besuchte, wandte sich bei einer Begegnung mit Vertretern anderer Kirchen und Religionsgemeinschaften in Daressalam ausdrücklich an die Muslime, wobei er sie auf die Anerkennung der Religions- und Gewissensfreiheit als unabdingbare

Voraussetzung für Dialog und Zusammenarbeit hinwies. Christen und Muslime in Tansania könnten Partner beim Aufbau einer von Toleranz, Frieden und Sorge für die Ärmsten und Schwächsten geprägten Gesellschaft sein. Beide Religionen sollten sich um die rechtliche Garantie dieser Werte und der Religionsfreiheit bemühen und so die wirkliche Gleichberechtigung aller Bürger des Landes aufrechterhalten.

## Aufruf zur Beteiligung an der Synodenvorbereitung

Mit Tansania zusammen bildeten die heutigen Kleinstaaten *Burundi* und *Ruanda* früher einmal Deutsch-Ostafrika. In beiden Ländern stellen die Katholiken die Mehrheit der Bevölkerung (in Burundi fast zwei Drittel). Der Papst sprach die jeweils bedrängendsten Probleme jeweils gleich bei der Ankunft an: In Burundi rief er nachdrücklich zur *Wiederherstellung der Einheit der Nation und zur Versöhnung* auf. In den vergangenen Jahren tobten mehrmals blutige Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit der Hutu und der traditionell alle Machtpositionen besetzenden Minderheit der Tutsi. Die katholische Kirche wurde unter dem 1987 gestürzten Präsidenten *Bagaza* verfolgt; Missionschulen wurden aufgehoben, der Religionsunterricht wurde verboten. Nach dem Machtwechsel hob der neue Präsident *Buyoya* die antikirchlichen Maßnahmen wieder auf (vgl. HK, Februar 1988, 92–96). In *Ruanda* griff Johannes Paul II. die derzeit katastrophale Lage der dortigen *Landwirtschaft* auf, die zu Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung geführt hat. In einem Brief an die Bauern rief er diese dazu auf, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, und forderte gleichzeitig die ganze Bevölkerung zur Solidarität mit den Landwirten auf.

Solidarität war auch diesmal wieder ein Schlüsselwort der Predigten und Ansprachen des Papstes in Afrika: Solidarität innerhalb der wirtschaftlich und politisch labilen Staaten, Solidarität der Völkergemeinschaft mit

Afrika. So appellierte er beim Abflug aus Tansania an die Industrienationen, die dringenden Bedürfnisse Afrikas nicht zu vergessen. Im Blick auf die katholische Kirche des Kontinents hob Johannes Paul II. erwartungsgemäß die Bedeutung der geplanten *Sonderversammlung der Bischofssynode für Afrika* (vgl. HK, September 1990, 407–409) hervor. In *Yamousoukro* traf er mit dem dafür errichteten Synodenrat zusammen. Dabei rief er nochmals „alle Glieder des Volkes Gottes in

Afrika“ auf, sich aktiv an der Vorbereitung der Synode zu beteiligen. Im Zuge eines umfassenden Erfahrungsaustauschs würden sich dann die „gemeinsamen Züge der afrikanischen Christen und ihre Aufgaben für das Wachstum des Leibes Christi“ herauskristallisieren. Aufschluß, inwieweit Rom Anregungen und Wünschen aus den afrikanischen Ortskirchen Gehör schenkt, wird nicht zuletzt das zu erstellende „Instrumentum laboris“ für die Afrikasynode geben. U. R.

streben eine juristisch-kanonistisch möglichst präzise Umschreibung an, damit auch die Kompetenzen genau gefaßt werden könnten. Da es im Bereich der Berliner Bischofskonferenz keine Kirchenprovinzen gebe, könne ein Bischofskonvent entsprechend can. 434 CIC im Grunde nicht gebildet werden. Aber, so Sterzinsky, in Analogie zu einem Zusammenschluß der Bischöfe von Kirchenprovinzen wollten die Mitglieder der Berliner Bischofskonferenz im Vatikan doch um Errichtung eines solchen Konventes bitten. Auf der Vollversammlung am 3./4. September wurde auch ein entsprechender Antrag beraten. Zwei Wochen später, bei einer außerordentlichen Vollversammlung am 18. September in Berlin, entschieden sich die Bischöfe dann aber doch gegen einen Antrag auf Errichtung eines Bischofskonvents oder einer Regionalkonferenz.

## Kirchen in Deutschland: Vereinigung mit Stolpersteinen

Die Kirchenjuristen haben ihre Arbeit getan: Sowohl die Vereinigung der beiden deutschen katholischen Bischofskonferenzen wie auch die der 17 West- und 8 DDR-Landeskirchen auf evangelischer Seite ist beschlossene Sache. In Dresden einigten sich die in der Berliner Bischofskonferenz zusammengeschlossenen elf Bischöfe und Weihbischöfe auf dem Gebiet der (ehemaligen) DDR darauf, noch in diesem Jahr ihre Konferenz aufzulösen und die Aufnahme als Vollmitglieder in die Deutsche Bischofskonferenz zu beantragen (vgl. ds. Heft, S. 490). Mit der Zustimmung des Apostolischen Stuhls zu dem Antrag wird wenige Wochen nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten gerechnet.

Auf evangelischer Seite wird das Verfahren zur Wiederherstellung der kirchlichen Einheit etwas länger dauern. Bei ihrer jüngsten Sitzung empfahl die vor einigen Monaten gebildete Gemeinsame Kommission von EKD und DDR-Kirchenbund, EKD- und Kirchenbundsynode sollten bei einer gemeinsamen Tagung im Mai nächsten Jahres alle für die kirchliche Einheit erforderlichen Entscheidungen treffen. Der Rat der EKD hat diesem Vorschlag zugestimmt. Am 5. und 6. Oktober findet jetzt eine erste gemeinsame Sitzung vom Rat der EKD

und Leitung des Kirchenbundes in Berlin statt.

Beide Kirchen nehmen trotz zügiger Vereinigung Rücksicht auf die „pastoralen Eigenheiten“ im Gebiet der ehemaligen DDR. Die Berliner Bischofskonferenz möchte zu einer „Arbeitsgemeinschaft“ werden, die noch keinen festen Namen hat, deren Aufgaben aber festliegen. Die Errichtung eines solchen Gremiums soll die Weiterführung pastoraler Einrichtungen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitsinstrumente ermöglichen, deren Aufgaben die Bischöfe nicht als einzelne, sondern gemeinschaftlich erfüllen wollen. So kann etwa das Erfurter Philosophisch-Theologische Studium als gemeinsame Ausbildungsstätte der sechs Jurisdiktionsbezirke, die dem Konvent angehören werden, weiterbestehen.

Schon vor der Herbstvollversammlung in Dresden war aus pastoralen Überlegungen heraus die mögliche Gründung einer „Regionalkonferenz“ angeklungen. Bischof Georg Sterzinsky, Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz, erläuterte die Gründe für die Schaffung eines Konvents mit den Worten: „Die Bezeichnung Regionalkonferenz ist im deutschsprachigen Raum gebräuchlich, aber juristisch nicht genau umschreibbar.“ Die Bischöfe in der DDR

## Die Berliner Kirchen als Vorreiter

Beim Vereinigungsprozeß der evangelischen Landeskirchen zeigt sich eine ähnliche Vorgehensweise. Der stellvertretende Vorsitzende des Kirchenbundes in der DDR, Bischof Johannes Hempel (Dresden), erwartet, daß EKD und Kirchenbund „in wirklich aufrechter Haltung als beiderseits respektable Realitäten“ zueinanderfinden. Eine schnelle Zusammenführung der Arbeit ist nach Ansicht des Kirchenbundes bei ökumenischen, theologischen und liturgischen Fragen, in der Jugendarbeit sowie bei finanz- und dienstrechtlichen Fragen erforderlich. Dagegen erscheine in der Ausbildung der Mitarbeiter, bei speziellen Aufgaben des Gemeindeaufbaus, bei der Rechtsangleichung und in der Öffentlichkeitsarbeit eine „längere Anpassungsphase“ nötig. Die Leitung der Görlitzer Landeskirche hat vorgeschlagen, verbleibende Gemeinschaftsaufgaben der acht DDR-Landeskirchen von einer kleinen Außenstelle des Kirchenamtes der EKD wahrnehmen zu lassen.

Eine Vorreiter- und Sonderrolle im Vereinigungsprozeß der Kirchen spielen das Bistum Berlin und die evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg.